

wurden aufgenommen. So untersucht Robin Graichen die Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2017 anhand von Modellen formaler Koalitionstheorie. Susanne Thelen analysiert das „negative campaigning“ im US-Wahlkampf 2016. Stärker historisch ausgerichtet sind die letzten Beiträge des Bandes. Martin Hummel behandelt das Verhältnis von Protestantismus und Demokratie in der jungen Bundesrepublik. Jens Weinhold-Fumoleau untersucht „wilde“ CSU-Gründungen im Winter 1989/90 in Ostdeutschland und Christina Forsbach die Entwicklung der Diskussion der Demokratietheorie in Europa seit 1989. Der Band wird beschlossen durch ein Literatur-, Personen und Autorenverzeichnis.

Natürlich ist ein solcher Sammelband eher ein Werkstattbericht als eine kohärente Gesamtdarstellung. Aber er ist dennoch eine lohnende Lektüre für Wissenschaftler, Publizisten und politisch interessierte Menschen, die sich für diese Themen begeistern. Er liefert in mehreren der Beiträge sehr interessante Analysen zu den jeweiligen Themen und lässt erwarten, dass die dann fertig gestellten Dissertationen hier noch tiefer schürfen werden. Nicht zuletzt verdeutlicht dieser Band, was im Rahmen akademischer Nachwuchsförderung einer Politischen Stiftung alles geleistet werden kann, wenn die richtigen Akteure eingebunden werden. Von diesen Ergebnissen kann auch die Politikberatung profitieren.

DR. GERHARD HIRSCHER,  
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN



Schulz, Georg Karl Maximilian:  
Die Stimme Bayerns. Der  
Bayerische Rundfunk zwischen  
Tradition und Moderne. Regens-  
burg: Verlag Friedrich Pustet  
2018, 216 Seiten, € 29,95.

Als die US-amerikanische Besatzungsmacht im September 1945 die Staatlichkeit Bayerns wiederherstellte, bekam die vor allem in konservativen Kreisen gehegte Hoffnung, Bayern als Kulturstaat wieder aufbauen zu können, neue Nahrung. Der Freistaat sollte auferstehen – als Staat, der sich seiner spezifischen Geschichte bewusst ist, die neue Zeit im Geiste seiner Traditionen gestaltet und mit Hilfe einer ausgeprägten eigenstaatlichen Identität möglichen Zentralisierungsbestrebungen eines zu errichtenden Deutschlands entgegensteht. Bayern sollte eine Nation innerhalb einer Nation sein, zuerst bayerisch, dann deutsch.

Dass eine derart politisch wirksame bayerische Identität aber nicht von ungefähr kommt, sondern im Sinne identitätspolitischer Anstrengungen konstruiert, tradiert und kommuniziert werden muss, war den politischen Protagonisten von Beginn an klar. Der Bayerische Rundfunk nahm in diesen Überlegungen eine Schlüsselstellung ein. Hatten doch die Jahre nationalsozialistischer Herrschaft offenbart, welche Möglichkeiten der Rundfunk als Instrument politischer Kommunikation in Massendemokratien bietet. Statt mörderischer

und menschenverachtender Propaganda sollte nun das Hohelied auf die Heimat, Frieden, Demokratie und Föderalismus zu sichern helfen.

Georg Schulz geht mit seiner Studie zum „Bayerischen Rundfunk zwischen Tradition und Moderne“ den rundfunk- und kulturpolitischen Anstrengungen der ersten bayerischen Staatsregierungen zwischen 1945 und der ersten Hälfte der 1950er-Jahre auf den Grund. Er trägt so auf wertvolle Weise nicht nur dazu bei, die bis dato bestehende Forschungslücke zu den Anfängen des Rundfunks in Bayern nach 1945 zu schließen und das kulturpolitische Selbstverständnis bayerischer Politik im ersten Nachkriegsjahrzehnt zu schärfen. Ihm gelingt es ferner auch, manche identitätspolitischen Wurzeln eines später zuweilen belächelten „Bayernstolzes“ offenzulegen – eines Stolzes, der nicht zuletzt durch die jahrzehntelange Prädominanz der CSU im politischen System Bayerns politische Wirksamkeit und Legitimationsmacht erlangte.

Als sich die US-amerikanische Besatzungsmacht anschickte, den Rundfunk in Bayern wieder auferstehen zu lassen, standen diese Bemühungen einer freistaatlichen Identitätspolitik mit dem Ziel der Wiederbelebung eines bayerischen Eigenstaatlichkeitsbewusstseins diametral entgegen. Für die amerikanische Politik sollte der Rundfunk Instrument der Entnazifizierung sein, weshalb seine Organisation und Leitung einem Kurs folgte, der jeglichen Beschwörungen einer vermeintlich glorreichen Historie entgegenstand. Begehrlichkeiten der bayerischen Staatsregierung, auf den Rundfunk in ihrem Sinne einzuwirken, wurden scharf zurückgewiesen. Das von Alois Johannes Lippl bereits 1945 vorgelegte Memorandum „Der

bayerische Rundfunk als Aufgabe“, das dem Rundfunk in Bayern eine künftig identitätsstiftende Rolle auf der Grundlage christlichen Glaubens und der positiven Zurschaustellung bayerischer Heimat zuwies, aber war deshalb nicht passé. Als der Kalte Krieg 1947 zu einem Wandel der US-amerikanischen Besatzungspolitik führte und ihre nun eingeleitete Politik der Zugeständnisse auch der bayerischen Seite mehr Möglichkeiten der Gestaltung im Sinne eigener Interessen gab, nahmen die konservativen Pläne eines bayerischen Rundfunks als Kultureinrichtung politische Gestalt an.

Das erste Rundfunkgesetz für Bayern vom August 1948 sicherte der Politik durch die Einrichtung nicht nur eines Rundfunkrates, sondern auch eines Verwaltungsrates unter Vorsitz des Landtagspräsidenten den von ihr gewünschten staatlichen Einfluss auf Organisation und Programm des Bayerischen Rundfunks. Hatte Alois Hundhammer (CSU) als Kultusminister (1946-1950) noch maßgeblich an der Gesetzesformulierung mitgewirkt, konnte er so fortan auch als Präsident des Bayerischen Landtags (1951-1954) auf die Ausgestaltung des Rundfunks einwirken.

Die Personalpolitik dieser Jahre – darunter die Wahl von Rudolf von Scholtz zum ersten Intendanten des Bayerischen Rundfunks 1947 – tat ihr übriges, „die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Stiftung vor allem bayerisch-konservativer Identität durch den Bayerischen Rundfunk als Stimme Bayerns“ (Schulz) zu schaffen. Schon zur Zeit der Weimarer Republik hatte von Scholtz den damals noch „Deutsche Stunde in Bayern“ genannten Rundfunk im Sinne der damals regierenden BVP mitgeprägt. Nun schwebte auch ihm ein

Rundfunk vor, der als Kultureinrichtung mit der Aufgabe identitätsstiftender Wirkung in einem traditionell-bayerischen Sinne wirken sollte.

Georg Schulz zeichnet die zuweilen verschlungenen Wege des Bayerischen Rundfunks in seinen Anfangsjahren präzise nach, wobei auch Personalentwicklungen in den Blick genommen werden. Punktuell wird eine noch detailliertere Zeichnung der taktischen Winkelzüge der Politik, die sie zu ihrem Ziel führte, vermisst. Angesichts der dürftigen Quellenlage, mit der sich der Autor konfrontiert sah, aber weiß die kompetente Darstellung zu beeindrucken. Bayerische Identitätspolitik nach 1945 ist trotz oder vielleicht gerade aufgrund des Umstandes, dass die CSU geführten Staatsregierungen eine spezifische blau-weiße Identität immer hochgehalten und als gegeben inszeniert haben, von der Forschung bislang eher stiefmütterlich behandelt worden. Es ist zu wünschen, dass die Studie von Georg Schulz dazu beiträgt, dass sich dies in Zukunft ändert.

DR. MICHAEL WEIGL,  
UNIVERSITÄT PASSAU



Gehringer, Horst / Hecker, Hans-Joachim / Hermann, Hans-Georg (Hrsg.):  
**Demokratie in Bayern. Die Bamberger Verfassung von 1919.** Bamberg: Stadtarchiv 2019, 217 Seiten, € 23,95.

Während 2018 des 200-jährigen Jubiläums der konstitutionellen bayerischen Verfassung von 1818 gedacht wurde, sind es im August 2019 mittlerweile 100 Jahre seit Promulgierung der demokratischen Weimarer Reichsverfassung und der ersten Verfassung des von Kurt Eisner im Zuge der Novemberrevolutionen 1918 ausgerufenen Freistaates Bayern, der sogenannten „Bamberger Verfassung“. Diese hatte Bestand bis zu ihrer Auflösung durch die Nationalsozialisten, die den wenig föderalistischen Art. 13 der Weimarer Verfassung („Reichsrecht bricht Landesrecht“) in ihrer Weise anwandten.

Was hat Bamberg damit zu tun? Nach den ersten Landtagswahlen im Freistaat im Januar/Februar 1919 kam es in München zur Ermordung des bereits zum Rücktritt entschlossenen Ministerpräsidenten Eisner durch einen Rechtsradikalen und zur Formierung einer antiparlamentarischen Räterepublik. Der neu gewählte Ministerpräsident Johannes Hoffmann (SPD) verlegte im April 1919 Staatsregierung und Landtag ins ruhigere Bamberg, um dort die Entwicklung in München abzuwarten. In dieser Zeit entstand die Bamber-